

Deutschland.

Berlin, 12. November. Es bestätigt sich, daß der österreichische Gesandte Graf Wimpfen dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck die in Folge der Pariser Zusammenkunft vom Herrn v. Bunsen erlassene Cirkular-Depeche vorgelesen und daß Graf Bismarck in Folge davon ein Rundschreiben an die preussischen Gesandten an den auswärtigen Höfen erlassen hat, worin er denselben Meldung von dieser Thatsache macht und zugleich den Gefühlen Ausdruck giebt, mit welchen die preussische Regierung diese Kundgebung aufgenommen hat. Nach diesem Rundschreiben hat die preussische Regierung mit Genugthuung gesehen, daß Oesterreich und Frankreich ihre Politik darauf zu richten bestrebt sind, den Frieden Europas aufrecht zu erhalten. Wenn die „Köln. Ztg.“ bemerkt, daß die friedlichen Versicherungen der Preussischen Depeche vom Grafen Bismarck mit einer gewissen Fronte aufgenommen wären, so ist das unbegründet und nicht den Thatsachen entsprechend. Die preussische Regierung hat vielmehr diese friedlichen Kundgebungen mit Befriedigung entgegengenommen, da sie selbst den Frieden aufrecht zu erhalten und aufrecht erhalten zu sehen wünscht. — Nach telegraphischen Mittheilungen soll die Einladung zu einer Konferenz in der römischen Angelegenheit bereits erfolgt sein oder doch nahe bevorstehen. Es ist selbstverständlich, daß sich die Regierungen über diese Einladung nur dann schlüssig machen können, wenn ein bestimmtes Programm vorliegt, in welchem die Punkte festgesetzt sind, welche auf der Konferenz geregelt werden sollen. Sache der einladenden Regierung wird es sein, ein solches Programm vorzulegen. — Die „Wiener Presse“ meldet, daß Frankreich einen Kompromiß in der norddeutschen Frage dahin gehend in Vorschlag gebracht habe, daß gegen Annahme der Garantie-Anträge und die Uebernahme einer Quote der norddeutschen Schulden seitens Dänemark die Abtretung von Sundewitt und Alsen mit Ausschluß der Festungen Düppel und Sonderburg seitens Preußen erfolgen solle. Die Nachricht ist unbegründet und insofern ohne allen Sinn, als eine Festungs-Enclave überhaupt nicht denkbar ist. — Im Anschluß an die neue Organisation des preussischen und des norddeutschen Heeres überhaupt ist eine neue Landwehr-Bezirks-Eintheilung notwendig geworden. Jedem Linien-Regiment steht ein Landwehr-Regiment von zwei Bataillonen zur Seite, das mit dem ersten die gleiche Nummer und den gleichen Provinz-Namen führt; jedem Füsilier-Regiment entspricht ein Landwehr-Reserve-Bataillon, das demnach auch dieselbe Nummer wie das erste hat. Es wird demnach die Landwehr-Infanterie des norddeutschen Bundes aus 94 Regimentern zu 2 Bataillonen (gleich 188 Bataillonen) und 12 Reserve-Landwehr-Bataillonen, zusammen also 200 Landwehr-Bataillonen, bestehen. Dazu kommen noch 4 preussische Garde-Landwehr-Regimenter zu 3 Bataillonen und die Landwehr des Großherzogthums Hessen. Außerdem hat der König jetzt auch den neuformirten Truppentheilen Provinzial-Namen beigelegt. Drei dieser neuformirten Regimenter sind in Füsilier-Regimenter umgewandelt worden. Die nächste Nummer des „Militär-Wochenbl.“ wird ausführlichere Mittheilungen hierüber bringen. — In der gestrigen Sitzung des Staatsministeriums ist der Entwurf der Thronrede Gegenstand der Beratungen gewesen. Derselbe ist Sr. Maj. dem Könige nachgelesen worden, so daß über ihn vom Ministerpräsidenten wahrscheinlich auf der Reise wieder Vortrag gehalten werden. Der König kehrt von Salzburg morgen, der Ministerpräsident, der noch kurze Zeit bei seinen Verwandten in der Altmark verweilen will, Donnerstag oder Freitag früh hierher zurück. — Was die Präsidentenwahl im neuen Abgeordnetenhaus betrifft, so unterliegt es keinem Zweifel, daß Herr v. Forckenbeck, falls er das Mandat für Köln annimmt, so ziemlich von allen Parteien als die geeignetste Persönlichkeit dafür angesehen werden wird. Selbst in konservativen Kreisen haben Erörterungen über diesen Gegenstand stattgefunden, und sind die Entscheidungen zu Gunsten der Wahl des Herrn v. Forckenbeck ausgefallen, in Anerkennung seiner früheren erprobten Wirksamkeit als Präsident. Außer Herrn v. Forckenbeck ist in parlamentarischen Kreisen auch Graf Schwerin für die Kandidatur in Betracht gezogen, indessen soll derselbe selbst keine Neigung haben, das Präsidentenamt zu übernehmen. — Dem Landtage werden auch die mit Oldenburg und Waldeck abgeschlossenen Verträge vorgelegt werden. — In Bezug auf die definitive Verwaltungsorganisation Hannovers sind jetzt die endgültigen Beschlüsse von der Regierung gefaßt worden, in Folge dessen dort nicht bloß die Aemter, sondern auch die Landdroststellen beibehalten werden und von der Einrichtung von Landratsämtern und Regierungs-Kollegien also Abstand genommen wird. Für einzelne zur Kompetenz der Regierungs-Kollegien in den alten Provinzen gehörende Gegenstände werden besondere Provinzial-Behörden gebildet werden, so u. A. für die Schulangelegenheiten ein Provinzial-Schul-Kollegium. Die Bearbeitung der Angelegenheiten des Elementarschulwesens ist dem Seminar-Direktor Spieler in Neuzelle übertragen worden. — Die Idee des Klubs der Landwirthe, die landwirtschaftlichen Interessen Norddeutschlands zu vereinigen, scheint von anderer Seite schneller ihre Verwirklichung zu erfahren, als dies dem Klub mit dem bekannten Kongress-Plan möglich ist. In landwirtschaftlichen Kreisen ist nämlich der Gedanke aufgetaucht, eine Erweiterung des Landes-Oekonomie-Kollegiums durch Hinzuziehung von Mitgliedern, die von anderen Norddeutschen Bundesstaaten zu entsenden sind, herbeizuführen. Dem Bernehmen nach beschäftigt sich auch die Staatsregierung mit Erwägung der Ausführung dieses Projectes und kann daher der Erwartung um so mehr Raum gegeben werden, daß sich die etwa entgegenstehenden Schwierigkeiten werden beseitigen lassen.

Berlin, 12. November. Se. Majestät der König verläßt Mittwoch früh 8 Uhr Leplingen und fährt mit den königlichen Prinzen und der übrigen Jagdgesellschaft zunächst per Extrapost nach

Halberstadt und von dort mittelst Separatzuges nach Potsdam, wofür selbst die Ankunft Mittags 1 Uhr erfolgt. Im Allerhöchsten Auftrage erwartet den Extrapost in Magdeburg der stellvertretende Chef des Militär-Kabinetts, Flügel-Adjutant Oberstleutnant von Albedyll und hält während der Fahrt von dort nach Potsdam Vortrag. Im Laufe des Nachmittags trifft Sr. Maj. der König von Potsdam hier ein.

— Herr v. Carlowitz hat wider Erwarten die Annahme des Mandats definitiv abgelehnt, und es ist sonach in Görlich eine Neuwahl notwendig.

— Für das Seebataillon und die Seeartillerie wird im Umfange des ganzen Landes jetzt ebenfalls mit den Erfahraushebungen vorgegangen. Die Mannschaften konzentriren sich demnach in Berlin, um von hier aus nach ihren Bestimmungsorten Kiel, Danzig, Stralsund und Friedrichsort abzugehen.

— Die in Petersburg erscheinende, für offiziell gehaltene „Russ. Corr.“ spricht sich über die römische Frage und insbesondere über das Konferenz-Projekt u. A. dahin aus: Da die September-Konvention durch die französische Expedition faktisch beseitigt ist, so ist es natürlich, an eine zweite Uebereinkunft zu denken, und es wäre zu wünschen, daß dieselbe durch alle Mächte anerkannt würde. Aber Europas Meinung über die weltliche Macht des Papstes ist sehr getheilt, und der Kongress, wenn er überhaupt zusammentritt, würde nur diese bestehenden Meinungsverschiedenheiten an den Tag legen. Zwei Parteien werden sich bilden. Der Kaiser Napoleon würde um sich die der Ehre eines geistlichen Königthums treugebliebenen Staaten vereinen. Aber wenn er dadurch die Genugthuung hätte, die Einheitsbestrebungen Deutschlands zu durchkreuzen, indem er zwischen den katholischen und protestantischen Völkern eine Ursache der Erbitterung schaffen würde, die ganze den Ideen der Freiheit und des Fortschritts lebende Partei Europas würde gegen ihn sein. Und wenn wir auch von Streitigkeiten und Religionsfeigen absehen, welche letztere in Europa ein Anachronismus sein würden, Napoleon würde darum um nichts weniger in Frankreich wie in Europa, eine seltenen Grundgesetzen zuwiderlaufende Politik befolgen haben.

— Was die Russifizierung der Ostprovinzen anlangt, so ist in dieser Hinsicht eine Befugung der dortigen Behörden bemerkenswerth, welche schon seit mehr als einem Monat gedruckt nach allen Theilen Deutschlands verbreitet worden ist. Die Teilnehmer der diesjährigen Philologen-Versammlung zu Halle lasen am 2. Oktober auf dem für diesen Tag ausgegebenen Notizenblatte folgende Bekanntmachung der Buchhandlung des Waisenhauses: Aus St. Petersburg wird der Buchhandlung des Waisenhauses eben gemeldet, daß die Danzelschen Lehrbücher der Geographie fortan die russische Censur nicht mehr passiren werden. Geht diese Maßregel in Verbindung mit den neuesten Russifizierungsedikten der Ostprovinzen? Es wurden in den dortigen deutschen Schulen jährlich ca. 300 Exemplare des Lehrbuchs und 1000 Exemplare des Leitfadens gebraucht. — Wessen sich unsere Stammesgenossen in den Ostprovinzen zu versehen haben, schreibt die „Wes.-Ztg.“, wenn die Russifizierungspolitik auch dort freie Hand erhält, beweisen folgende, einer offiziellen Statistik entnommene Daten über die Erfolge und Leistungen jener Politik in dem Königreich Polen. Seit dem letzten Aufstande, also in nicht ganz vier Jahren, sind dafelbst 430 polnische Landgüter zwangsweise an Russen verkauft worden. Die neuerdings erlassene Amnestie verfügt in fast ironischer Weise, daß die bis Ende dieses Jahres nicht verkauften Landgüter dem bisherigen Besitzer verbleiben sollen. In demselben Zeitraum sind 120,000 Einwohner von Russisch-Polen nach dem inneren Rußland übergesiedelt worden. 60,000 sind nach Sibirien transportirt und davon 10,000 in die Bergwerke.

— Der „K. Ztg.“ wird von hier geschrieben: Italien und mehrere Mittelstaaten sollen für die Konferenz sein. Die der „Kölnischen Zeitung“ aus Paris gemeldete Nachricht, der päpstliche Nuntius in Paris habe sich vorläufige Zustimmung geäußert, scheint sich zu bestätigen; aber die definitive Einwilligung des Papstes und namentlich die eventuelle Bedingung derselben sind noch nicht festgestellt.

— Die Mitglieder des Bundesrathes sind zu den bevorstehenden Sitzungen bereits wieder hier eingetroffen.

— Aus Königgrätz wird vom 8. November berichtet: Bei einer sehr stürmischen, mit Schneegestöber verbundenen Witterung wurde gestern Vormittag 10 Uhr am Probuser Friedhofe das Monument für die im Vorjahre hier Gefallenen des preussischen 7. westpfälischen Infanterie-Regiments, Nr. 56 enthüllt und feierlich eingeweiht. Das Monument besteht aus einer auf weisemarmornem Piedestal stehenden vierseitigen Pyramide, an deren Spitze der preussische Adler ruht.

Altona, 12. November. Der hiesige Magistrat hat beschlossen, auf das ihm verfassungsmäßig zustehende Präsentationsrecht für das Herrenhaus für jetzt zu verzichten, da er gegenwärtig nur 4 Mitglieder zählt.

Rastenburg, 12. November. Die Ritter- und Landschaft genehmigte in gestriger Sitzung das neue Münzgesetz, durch welches die preussische Scheidemünze in Lauenburg eingeführt wird, verwarf den Antrag auf Einführung des Wechselstempels und vertagte den Beschluß über das Berggesetz.

Dresden, 12. November. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer fand die Diskussion über die von Dr. Koch eingebrachten Anträge statt. Dieselben wurden nach einer lebhaften Debatte abgelehnt. Graf Hohenthal befürwortete zwar die Erweiterung des Wahlrechts in Sachsen, stimmte indess doch gegen die Anträge.

Karlruhe, 12. November. Die Abgeordnetenversammlung nahm heute, nach zweitägiger Debatte, das Pressegesetz im Wesent-

lichen nach den Kommissionsanträgen an. Der Antrag Eckhard's auf Abschaffung der politischen Beschlagnahme erhielt die Majorität. Das Amendement Wundt's, welches verlangt, daß über Preßvergehen, deren Verfolgung der Staatsanwaltschaft obliegt, das Schwurgericht entscheiden solle, wurde an die Kommission zurückgewiesen.

Stuttgart, 12. November. Abgeordnetenkammer. Im Verlaufe der Sitzung forderte der Abgeordnete Hoelmer die Regierung zu baldiger Vorlage eines revidirten Verfassungsentwurfs auf. Die staatsrechtliche Kommission wurde beauftragt, über die zulässige Dauer ihres Mandates Bericht zu erstatten.

Wien, 12. November. Das Abgeordnetenhaus begann in der heutigen Sitzung die General-Debatte über das Delegationsgesetz. Es sprachen die Abgeordneten Roman, Mendel, Rieger gegen, und Plener, Sene, Pratoberera für den Antrag des Ausschusses.

Haag, 12. November. Die Generalstaaten berieten heute den Etat des Finanzministeriums. Der Minister verbieth baldige Vorlage verschiedener Gesetzentwürfe, welche die Revision des Erbschafts- und des Patentes, sowie die Herabsetzung der Zeitungsstempelsteuer bezwecken.

Paris, 10. November. Die Unsicherheit der politischen Situation beginnt schon wieder das gewöhnliche Produkt derartiger Epochen, die politischen Senationsgeschichten, auf den Markt zu locken. Eben ist ein solches Opus, von Herrn Roget verfaßt, erschienen, das den vielgeliebten Titel führt: „Graf Bismarck und das Bündnadelgewehr.“ Trotz dieser Aufschrift scheint aber das Christliche, das für eine Allianz mit Oesterreich plaidirt, keinen besondern Success zu haben. Um so größerer Aufsehen dürfte aber eine Brochure machen, von der seit einigen Tagen in hochpolitischen Circeln viel gesprochen wird, und welche man allgemein einem sehr gut unterrichteten Autor zuschreibt. Diese Brochure soll über die Auffassung, welche die letzten Ereignisse hier an maßgebender Stelle erweckt haben, interessante Aufschlüsse ertheilen.

Paris, 12. November. „Patrie“ glaubt zu wissen, daß der Kaiser gestern die Demission des Ministers des Innern Lavalette angenommen hat. Auch Staatsminister Rouher habe den Kaiser ersucht, ihn von der Verwaltung des Finanzministeriums, die er neben seinen übrigen Aemtern bisher geführt, zu entbinden. Die Ernennungen der Nachfolger für diese beiden Ministerien werden, der „Patrie“ zufolge, morgen im „Moniteur“ veröffentlicht werden, und zwar werde Staatsrath Pinard das Ministerium des Innern und Magne das Finanzministerium übernehmen. Marquis Lavalette würde Mitglied des Geheimen Rathes werden. Man spricht auch von einer bevorstehenden Aenderung im Preßverwaltungsdienst. — „Temps“ behauptet, die Einladungsschreiben zur Besichtigung einer Konferenz wegen der römischen Angelegenheit seien in sehr allgemeinen Ausdrücken gehalten und stellten kein bestimmtes Programm im Voraus auf.

Paris, 12. November. Bei der Eröffnung der Sitzung des Corps legislatif wird die aus der demokratischen und legitimitischen Partei bestehende Opposition Interpellation über die italienischen Angelegenheiten einbringen.

Italien. Von größeren Demonstrationen in den italienischen Städten ist für den Augenblick nichts Weiteres zu hören. Am belangreichsten sind jedenfalls die schon wiederholt besprochenen Austritte in Mailand gewesen, über welche das dortige Blatt „Lombardia“ vom 6. nachstehenden Bericht veröffentlicht: „Bellagenswerthe Vorgänge haben gestern unsere Stadt in Unruhe versetzt. Gegen 7 Uhr Abends versammelte sich ein Haufen junger Leute, welche allen Klassen der Gesellschaft angehörten, in der neuen Gallerie vor dem Café Biffi; einer der gewöhnlichen Redner suchte sie in Aufregung zu versetzen und alsbald zogen sie nach dem Domplatz mit dem Rufe: „Es lebe Garibaldi! Nieder mit der Regierung! Krieg den Franzosen!“ Dieser erste Haufen Ruhestörer, welcher durch den Zulauf Neugieriger bedeutend vergrößert wurde, hatte beschossen, vor das Haus des französischen Konsuls zu ziehen; aber die Polizei war wachsam gewesen und hatte dort eine starke Abtheilung Karabinier und Sicherheitswachen aufgestellt, welche mit Rücksicht auf die große Zahl der Tumultanten die Nationalgarde herangezogen hatten, um dieselben zu zerstreuen. Da wohlgemeinte Rathschläge unnütz blieben, machte sich die Nationalgarde daran, die Straße zu säubern und die Aufwiegler zurückzudrängen, theils nach dem Corso hin, theils nach der Straße Sant' Andrea, deren Ausgänge alsdann aufs sorgfältigste abgesperrt wurden. Dieser erste Akt der Energie blieb nicht ohne Wirkung auf eine andere Menge, welche auf dem Corso Viktor Emanuel versammelt war. „Nieder mit der Regierung“, schrie man, und gleichzeitig „Es lebe die Republik!“ Die Demonstration fing jetzt an eine berunruhigende Gestalt anzunehmen. Die Nationalgarde, wiederholt insultirt, wurde gezwungen, die Zusammenrottungen mit Gewalt auseinander zu treiben; eine Kompanie Linien-Infanterie, mit Steinwürfen angegriffen, warf sich entschlossen auf die Aufständischen, die bald über Kopf die Flucht ergriffen und nach der neuen Gallerie ihre Zuflucht nahmen. Dort sammelte sich der Haufen von Neuem. Es folgte dann ein Einbruch in Café Biffi, wobei man zwei Scheiben zerbrach und den Besitzer zwang, den Eindringlingen das Bild Garibaldi's zu übergeben, welches nun unter brüllenden Ausrufen nach dem Corso bis zum Eingange der Straße del Monte getragen wurde. Der Anblick der Bewaffneten, welche man an diesem Punkte aufgestellt hatte, bewog die Menge umzukehren und das Bild Garibaldi's dem Besitzer des Cafés Biffi wieder zurückzugeben.

Die Aufwiegler waren indess, wie es scheint, noch nicht befriedigt; als sie einem Detachement der Nationalgarde begegneten, sprengten sie dasselbe durch Steinwürfe auseinander und zogen dann

